

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Die Kredite der Landwirtschaft.

#### Reichsbankdirektor Kaufmann über Agrarkredit und Agrarzoll.

Die heutige Sitzung der Enquete-Kommission des Reichstages beschäftigte sich mit der Kapital- und Kreditlage der Landwirtschaft. Reichsbankdirektor Kaufmann ergänzte in einigen Punkten die Mitteilungen, die kürzlich Reichsbankdirektor Dr. Schacht vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie über die Kreditbearbeitung der Reichsbank gemacht hat. Es sind jetzt insgesamt etwa 3 1/2 Milliarden Kredite ausgegeben, die sich auf die Rentenbank, die Reichsbank, die Sparkassen, die Girokassen, Hypothekendarlehen und ähnliche Institute verteilen.

Es ist anzunehmen, daß der Landwirtschaft insgesamt etwa 2 Milliarden Mark zur Verfügung stehen.

Die Reichsbank, die einen Diskont von 9 Proz. festgesetzt hat, bemüht sich, den allgemeinen Zinsfuß nach Möglichkeit herunterzudrücken. Es besteht die Aussicht, daß auch die Landwirtschaft zu größeren Auslandskrediten komme, es seien allerdings noch Schwierigkeiten zu überwinden, die im wesentlichen in der Organisierung der Hypothekendarlehen liegen. Die Reichsbank werde versuchen, der Landwirtschaft während der Ernte Kredite zuzuführen. Auf eine Frage, welche Mittel der Reichsbank zur Verfügung ständen, um die Produktionskosten der Landwirtschaft zu verringern, erwiderte der Reichsbankpräsident, daß das nicht zu den Kompetenzen der Reichsbank gehöre, sie stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht durch Zölle übermäßig erhöht werden dürften.

Der deutsch-nationale Reichsjagdsabgeordnete v. Richthofen nahm die Gelegenheit wahr, um die Situation in agitatorischer Weise für die Schutzjäger auszunutzen. Er stellte die Frage, ob nach der Meinung des Reichsbankpräsidenten die deutsche Landwirtschaft überhaupt noch kreditwürdig sei. Genosse Schmidt-Köpenick erhob dagegen Widerspruch, da die Tendenz dieser Frage ganz offenbar war.

Ein wesentlich ungünstigeres Bild zeichnete der Vertreter der ritterschaftlichen Darlehensklassen, Herr von Winterfeld. Er lagte, daß die Landwirte vor allem unter der Schwierigkeit der Beschaffung langfristiger Kredite und der hohen Zinsberechnung zu leiden hätten. Die Landwirte mühten heute zum Teil weit über 12 Proz. zahlen. Selbst wenn die Landwirtschaft ausländische Kredite erhalten sollte, so würde sie dabei nicht so günstig fahren, wie die Stadt Berlin bei der Aufnahme ihrer Anleihe. Herr von Winterfeld gab auf eine Frage von Prof. Bonn zu, daß die hohen Zinssätze und der Kapitalmangel der Landwirtschaft seitens der ungeheuren Verarmung Deutschlands. Er verlangte, daß gerade deshalb die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse so hoch sein müßten, daß der Landwirt die hohen Zinsen tragen könne. Prof. Bonn erwidert darauf, daß das nichts anderes heiße, als

daß die Konsumenten sparen sollen, aber nicht in ihre eigene Tasche, sondern in die Taschen der Kapitalbesitzer.

Prof. Sering benennt dieses Verfahren eine Zwangssparkasse. Man wolle mit Hilfe der Zölle erhöhte Preise erzielen. Mit Getreidezöllen würde man aber nur die ärmsten Schichten belasten, während es nach dem Vorschlag von Prof. Aereboe, der einen Zollschutz für veredelte Landwirtschaftsprodukte schaffen will, möglich sei, vor allem die wohlhabenderen Schichten zu treffen.

Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten wurden dann ergänzt durch Mitteilungen des Geheimrats Schüller von der Rentenbank. Nach seiner Schätzung beträgt die Höhe der der Landwirtschaft in Form von kurzfristigen Wechselkrediten gewährten Darlehen 1,5 bis 2 Milliarden. Die Einlagen bei den Spar- und Girokassen hätten sich zwar gehoben, sie betragen Ende März 1,5-1,6 Milliarden. Vor dem Kriege betragen aber die Einlagen bei den Sparkassen 20-25 Milliarden, auch hierin zeige sich die Verarmung Deutschlands. Die Sparkassen hätten bisher 217 Millionen land-

wirtschaftliche Kredite gegeben, vor dem Kriege waren es 3 1/2 Milliarden. Die Rentenbank sei bestrebt, die von ihr gegebenen Kredite nach Möglichkeit den kleinen Leuten zuzuführen. Wenn die Landwirtschaft eine Auslandsanleihe bekomme, so sei mit einer Verzinsung einschließlich der Spesen mit 9,15 Proz. zu rechnen. Schwierigkeiten bereite die Aufwertungsfrage, da die Amerikaner nur erstklassige Hypotheken nehmen wollen. Nach einer Schätzung mache der Betrag der aufzuwertenden Hypotheken etwa 6 Milliarden aus. Gegenüber der Lage, daß die Landwirtschaft jetzt so außerordentlich hohe Zinsen zu zahlen habe, stelle dann noch der Reichsbankpräsident fest, daß ja auch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber dem Frieden ganz erheblich gestiegen seien.

Genosse Schmidt erinnerte an eine frühere Feststellung, wonach es den amerikanischen Farmern in den letzten Jahren außerordentlich schlecht gegangen sei, daß sie sogar schon Kredite auf die nächstjährige Ernte genommen hätten. Der Vertreter der Kreditgenossenschaft gab zu, daß das auch früher in Deutschland der Fall gewesen sei; daß sich die vorzeitige Kreditnahme jetzt auch in Deutschland wieder einstelle, darüber habe er bisher noch keinerlei Nachrichten erhalten. Der deutsch-nationale Abg. von Richthofen verurteilte die Belastung der deutschen Landwirtschaft noch dadurch in ein besonders grelles Licht zu stellen, indem er ausrechnete, daß die Aufwertung der Hypotheken der Landwirtschaft mit einer neuen Goldverschuldung im Betrage von 5 bis 6 Milliarden belaste. Er hätte sich wohl die Schlussfolgerungen nach der Aufwertungsfrage hin zu ziehen, aber man konnte aus seinem Auftreten wohl schließen, daß er und seine Freunde die ganze Aufwertung zum Teufel wüßten!

## Chemie.

### Die ungewollten Zölle.

Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages unterbrach am Mittwoch die Beratung der Zollgruppe Wolle und Baumwolle, um die chemischen Erzeugnisse vorzunehmen.

Nachdem der Demokrat Raschig dargelegt hatte, daß die chemische Industrie selber gar keine Zölle wolle und daß diese Zölle auch nicht als Kompensationsobjekte in Frage kämen, legte Genosse Dr. Adoff Braun den sozialdemokratischen Standpunkt in grobkühiger Weise dar. Nur weil die übrigen Industrien ihre Zölle bekommen hätten, deshalb seien auch für die chemische Industrie besondere Zölle festgesetzt worden, ganz entgegen den Interessen dieser Industrie selbst und der gesamten deutschen Wirtschaft. Damit verbaue man außerdem abermals den Weg zu einer europäischen Zoll-Union, die wahrscheinlich schneller kommen werde, als man jetzt denke.

Diese Rede veranlaßte zunächst den Volksparteier Kalle, der an führender Stelle der chemischen Industrie steht, zu einer ausführlichen Erwidrerung. Die chemische Industrie wisse, daß sie den Kampf auf dem Weltmarkt führen könne und müsse, deshalb verzichte sie an sich auf einen Zollschutz, zumal für sie eine inländische Bereicherung gar nicht in Frage komme. Aber um einzelner Teilzweige willen und aus einer besonderen Lage heraus sei sich die chemische Industrie über die vorliegenden Zölle einig geworden, wobei er sich aber vorbehalte, noch einzelne Änderungsanträge zu stellen.

Danach wurde in die Einzelberatung eingetreten. Bemerkenswert ist, daß die Regierung den Zoll auf Futterkalt bereits fallengelassen hat, nachdem vom Genossen Wiffel im Plenum darauf hingewiesen worden war, daß dadurch das Produkt um 50 Proz. verteuert würde.

eine allgemeine Garantie einbezogen würde, dann könnte Rußland auch dem Völkerverbund gegenüber eine wesentliche andere Haltung einnehmen, als bisher.

## Kein Zollkrieg mit Frankreich.

### Keine Kampfmaßnahmen während der Verhandlungspause

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie jetzt auch in Berlin von zuständiger Stelle bestätigt wird, in beiderseitigem Einvernehmen bis zum 15. September unterbrochen worden. Infolgedessen tritt auch das Eisen-Nutzen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie einstweilen nicht in Kraft; auch die privaten Verhandlungen zwischen den Industriellen werden zunächst nicht fortgesetzt. Entsprechend den Februar-Abmachungen soll die Zwischenpause nicht durch Maßnahmen oder Verhandlungen gestört werden, die sich gegen irgend einen der beiden Vertragspartner richten. Die Saareisenfrage wird zurzeit noch in Paris diskutiert.

## Masaryk - Rom - Slowakei.

### Blutiger Zusammenstoß am Sonntag.

Prag, 8. Juli. (SW.) Aus dem Franziskanerkloster zu Rischny Sedes bei Presov sollte ein Angestellter entlassen werden, der aus Rache einen Priester beschuldigte, daß er sich einmal über den Präsidenten der Republik als einen Keger ausgesprochen hätte. Die Gendarmen begannen auf diese Angaben hin mit der Untersuchung, was in der Bevölkerung große Erregung hervorrief, so daß sie, mit Stöcken und ähnlichem bewaffnet, sich Freitag rings um das Kloster zusammenrottete. Die gespannte Situation dauerte den ganzen Sonntag und Montag über an. Montag nachmittag verhinderte die zusammengeworfene Bevölkerung die Gendarmen, welche das Verhör fortsetzen wollten, das Kloster zu betreten. Als nach Herbeirufung von Verstärkungen die Volksmassen der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge leisteten, sondern die Gendarmen mit Steinen bewarfen, schossen die Gendarmen zunächst in die Luft und dann in die Menge. Eine Person wurde getötet, einige Personen, darunter mehrere Gendarmen, wurden verletzt. Als weitere 30 Gendarmen anrückten, lief die Menge auseinander. Eine Untersuchungskommission verhaftete ungefähr 20 Personen.

## Eiltempo.

### Die Durchpeitschung der Zollvorlage.

Am Montag hat die vom handelspolitischen Ausschuss des Reichstages eingesetzte Kommission, in der Volkswirte, Betriebswissenschaftler und Praktiker über die Lage der Landwirtschaft und die Zweckmäßigkeit agrarischer Zölle gehört werden sollen, ihre Arbeit begonnen. Aber der handelspolitische Ausschuss selbst hat inzwischen seine Verhandlungen nicht unterbrochen: obwohl verschiedene seiner Mitglieder offiziell an der Untersuchungskommission beteiligt sind, obwohl alle anderen das stärkste Interesse daran hätten, sich in ihr zu unterrichten, muß die Maschine weiter arbeiten. Bis zum Schluß der Woche soll die erste Lesung der Industriezölle beendet sein, und dann wollen Regierung und Regierungsparteien die Agrarzölle in Angriff nehmen, ganz ohne Rücksicht darauf, daß bis dahin niemand in der Lage ist, die statistischen Berichte über die Erörterungen in dem anderen Komitee, dessen Tätigkeit vorzüglicher Weise auf sechs Tage befristet ist, dem notwendigen genauen Studium zu unterziehen.

Die Parole heißt eben: Eile, Eile und nochmals Eile. Mehr als einmal ist bereits der Versuch unternommen worden, das Tempo durch Beschränkung der Redezeit, durch Kontingentierung der Verhandlungen über die einzelnen Gegenstände noch stärker zu beschleunigen. Indessen sind solche besonderen Maßnahmen kaum notwendig. Reden werden eigentlich nur von den Sozialdemokraten, den Kommunisten und hier und da von den demokratischen Vertretern gehalten. Die Regierungsparteien legen sich große Zurückhaltung auf, und die Regierung beschränkt sich, nachdem der Landwirtschaftsminister am Beginn eine kurze und gänzlich unzureichende Begründung für die vorgelegenen landwirtschaftlichen Zölle gegeben hat, auf die knappsten Auskünfte. Die Sozialdemokraten, deren sachlicher Eifer und deren ehrliches Bemühen auch von den Gegnern nicht in Abrede gestellt werden kann, sprechen in der Regel gegen eine Wauer. Ihre Argumente prallen an dem Wall der Schwermächtigkeitsabstimmung ab, und es ist schon ein Wunder, wenn die Regierung sich herbeiläßt, Unklarheiten zu beseitigen, die aus den Ergebnissen der Vorverhandlungen über einen Handelsvertrag mit Belgien oder aus anderen Gründen in den einzelnen Positionen der Tarifvorlage enthalten sind. Ob wir darauf hinweisen, daß die Zollhöhung auf Zement die Bautätigkeit erschweren müsse, ob wir auseinanderlegen, wie der Zoll auf Kunstseide nur einigen großen Unternehmungen zugute komme und die Ausfuhr der Fertigerzeugnisse hemme — auf der anderen Seite schwingt man sich höchstens zu ein paar Zwischenrufen auf. Die Mehrheit hat sich mit der Regierung geeinigt, der Zolltarif soll angenommen werden so wie er ist. Diskussionen werden als Zeitverschwendung angesehen, und nichts war bezeichnender als der Ruf, den der besonders ungeduldige volksparteiliche Abgeordnete Dr. Schneider einem eine Antwort heischenden Vertreter der Linken machte: „Man wird Ihnen überhaupt nichts erwidern.“

Und warum diese Hast? Die Deutschnationalen wollen möglichst schnell ihre Beute in Sicherheit bringen. Die Regierung unterstützt sie in diesem Bestreben, um sie mit Rücksicht auf die Gesamtpolitik bei guter Laune zu halten. Die anderen Parteien der Koalition lassen sich teils durch die von ihnen vertretenen zollpolitischen Interessen leiten, teils sind auch für sie allgemeinerpolitische Erwägungen maßgebend, wobei sie nicht leben oder nicht leben wollen, wie sie durch ihr Vorgehen die Deutschnationalen zu Herren der Situation machen.

Die Gründe, die man offen ausspricht, sind freilich andere. Nur lassen sie sich nicht immer leicht miteinander in Einklang bringen. Der Zolltarif, so heißt es einmal, soll die Bedingungen der heimischen Produktion verbessern helfen. Wird dann darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, diese Bedingungen zunächst einer sachverständigen Prüfung zu unterziehen und die Frage nach der Zweckmäßigkeit des vorgeschlagenen Heilmittels zu erörtern, oder werden die Gefahren aufgezeigt, die durch die Zollbelastung dem Verbrauch, der Fertigungsindustrie und der Ausfuhr erwachsen, so zieht man sich auf die andere Verteidigungslinie zurück und versichert, daß kein Grund zur Besorgnis vorliege, weil die hohen Sätze nur den Zweck hätten, bei Handelsvertragsverhandlungen Kompensationen von den anderen herauszuschlagen. Deutschland müsse gerüstet sein, um die Gegenseite nachgiebig zu machen. Genau so wie vordem die militärischen Rüstungen gerechtfertigt worden sind: wenn du den Frieden willst, so mußt du den Krieg vorbereiten. Wie die Militärs sich dabei häufig genug als die eigentlichen Schrittmacher des ewigen Friedens gaben, so fehlt es auch nicht an Leuten, die uns die Schutzzöllerei mit der Versicherung schmackhaft zu machen suchen, daß wir nur auf dem Wege über sie zu einer europäischen Zollunion gelangen könnten.

Schließlich, wenn alle Stricke zu reihen drohen, wird der provisorische Charakter des vorliegenden Tarifentwurfs hervorgehoben. Es solle doch schnell eine Basis für die Handelsvertragsverhandlungen geschaffen werden, dann werde das große Tarifreformwerk in Angriff genommen. Die Härten und Unebenheiten der jetzigen Novelle, die — das gab selbst ein Vertreter der Deutschen Volkspartei zu — an ihrer ungenügenden Vorbereitung leide, ließen sich bei dem späteren Entwurf ausgleichen. Daß es sehr schwer ist, einmal eingeführte Zölle wieder abzuschaffen, daß man bei den Verhandlungen mit Frankreich, die bereits auf der Grundlage des Entwurfs geführt werden, die größten Schwierigkeiten

## Die deutsche Antwort.

### Vorlage im Auswärtigen Ausschuss vor der Abendung.

Reichskanzler Dr. Luther teilte heute im Auswärtigen Ausschuss mit, daß die Reichsregierung die deutsche Antwort auf die Note Briand's vor der Abendung dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages vorlegen werde.

### Auswärtiger Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag zu einer außerordentlich stark besuchten Sitzung zusammen. Vom Reichskabinett waren mit dem Reichskanzler Dr. Luther Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Schiele und Reichswehrminister Behler erschienen, ferner zahlreiche Vertreter der Länder. Die Ausschussmitglieder selbst hatten sich fast vollständig eingefunden, auch der Reichstagspräsident Löbe wohnte den Verhandlungen bei. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine ausgedehnte Erörterung über die Frage einer politischen Debatte im Reichstagsplenum statt.

## Schwenkung Rußlands in der Paktfrage?

### Bereitschaft, in einen veränderten Völkerverbund einzutreten?

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber eine zweifelhafte Unterredung, die dieser Tage der französische Botschafter in Moskau herbeiführte mit dem russischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin über die Stellung Rußlands zu den Sicherheitsverhandlungen gehabt hat, will der Moskauer Korrespondent des „Petit Parisien“ folgendes erfahren haben: Tschitscherin habe erklärt, daß Rußland an diesen Verhandlungen und vor allem an der Haltung Deutschlands zwar ein starkes Interesse habe, daß es aber in keiner Weise in Berlin einen Druck auszuüben versuche, um Deutschland von dem Abschluß eines Garantiepaktes zurückzuhalten. Rußland würde sich selbst für einen Sicherheitspakt interessieren, wenn dieser auf wesentlich breiterer Grundlage aufgebaut wäre, als der augenblicklich zur Verhandlung stehende Plan. Würde dieser entsprechend ausgebaut, und zwar dertart, daß auch die Westgrenze Rußlands in

gerät, wird ebensowenig berücksichtigt wie der Umstand, daß Deutschland mit einem vorläufigen Tarif immer auf Hindernisse stoßen muß, weil der Partner natürlich nur ungern auf dem unsicheren Boden eines Provisoriums Erörterungen pflegen wird.

Aber sehen wir den Fall, das Zustandekommen von Verträgen wäre wirklich das einzige oder auch das hauptsächlichste Ziel. An seiner Erreichung würde auch die Sozialdemokratie mitzuarbeiten bereit sein. Sie hat die grundsätzliche Frage Freihandel oder Schutz Zoll in diesem Augenblick nicht aufgeworfen. Sie strebt die Verbesserung der deutschen Erzeugungsbedingungen genau so an wie die anderen Parteien. Sie erkennt die Notwendigkeit der Ausfuhrsteigerung und will ihr dienen. Sie gibt zu, daß der alte Zolltarif Lücken und Mängel enthält, die seine Eignung als Verhandlungsinstrument beeinträchtigen. Sie ist bereit, dort, wo durch die plötzliche Aufhebung der Einfuhrverbote bestimmte Industriezweige in Gefahr kommen können, gewisse Zollsätze einzuführen. Sie will nur auch in der Praxis den Grundsatzen der Entwicklung zum Freihandel hin im Interesse der deutschen Wirtschaft anerkannt sehen und stellt ebenso wie die uninteressierten landwirtschaftlichen Sachverständigen die Berechtigung von Agrarzöllen in Abrede in einem Zeitpunkt, wo die Agrarkrisis nur eine Abfahrtskurve ist, hervorgerufen durch die mangelnde Kaufkraft der mitteleuropäischen Nationen.

Wollte man wirklich nur einen Zolltarif, der unserer Ausfuhr günstige Verträge ermöglichte, so könnte man ihn mit unserer Hilfe erhalten. Aber da es sich in Wirklichkeit darum handelt, die Rente des Großgrundbesitzes und den Profit der kartellierten Industrie zu erhöhen — und zwar in denkbar kürzester Zeit —, kann unsere Mitarbeit nicht gebraucht werden, und sind wir gezwungen, in die schärfste Opposition gegen ein System zu treten, das in höchstem Grade volksschädigend wirken muß, wie immer es sich auch verhalten mag.

### Noblesse oblige.

#### Die Pleite der deutschnationalen Tageszeitung.

Die Deutschnationalen haben mit der Pleite der „Nationalpost“ nach eigenem Geständnis eine Bataille verloren. Nicht nur das Geld ist hin — 170 000 M. Geschäftskapital, dem 400 000 M. Schulden gegenüberstehen —, sondern auch der Kredit. Die Deutschnationalen Volkspartei muß unangenehme Briefe einstecken. Am 25. Juni erhielt sie folgenden Brief:

„An die Deutschnationalen Volkspartei.“

Vor einigen Monaten hat sich unter Ihren schützenden Fittichen ein Blättchen aufgetan, das sich der besonderen Gunst Ihres prominenten Mitgliedes Herrn Baverrenz erfreut, der sogar als Herausgeber zeichnet. Als Untertitel führt die „Nationalpost“, um die handelt es sich nämlich, die stolze Bezeichnung: „Die deutschnationalen Tageszeitung“. Noblesse oblige, meine Herren von der Deutschnationalen Volkspartei; wenn man ein Blatt unter der Parteiflagge segeln läßt, wenn man sogar eines seiner prominentesten Mitglieder als Herausgeber fungieren läßt, wenn man in diesem Blättchen Zeter und Mordio über Barmat und Kautzler schreibt, dann hat man die verkommene Pflicht, sich um die Geschäftsführung dieser Zeitung zu kümmern.

Haben Sie das getan? Nein, und abermals nein; denn sonst hätte es Ihnen nicht unbekannt bleiben können, daß besagte „Nationalpost“ unter der Geschäftsführung des Herrn Kautzler, trotz des an sich bestimmt nicht übermäßig großen Umfangs des Geschäfts, allem Anschein nach Hunderte von Wechseln in Umlauf gesetzt hat. Kein Wort gegen die Qualitäten des Herrn Kautzler, im Gegenteil, jeder aus dem Osten Eingewanderte kann von seiner enormen Geschäftstätigkeit etwas lernen; denn er hat es verstanden, ein Unternehmen, von dem ich behaupte, daß es seit Monaten reif für den Konkurs war, immer wieder flüssig zu machen, nicht mit Geld, nein, viel einfacher: mit dem Hinweis auf die „hinter uns stehende Partei“.

## Prominente des Alltags.

Skizzen von Karl Offen.

Der billige Jakob.

An der Ecke des Wittenbergplatzes hat er sich aufgebaut als Konkurrent des Warenhauses. Ein Anwalt Renschgen umlagert ihn dicht und man denkt zuerst an einen Unfall. Aber der Grüne kehrt ihnen den Rücken. Geht in Ordnung.

Oder besser: fährt in Unordnung. Denn er hat es sich was kosten lassen, der billige Jakob. In einem Auto steht, tanzt, rudert, springt der stämmige Kerl mit dem breiten wündergetriebenen Gesicht, das nur ein Rundwerk, eine Witzscheuler ist.

Durch alle Etagen deutscher Gegenwart und Vergangenheit faust er im Rist seiner Wortspiele, getrieben vom Gesicht der Zuhörer. Es fehlt nur noch, daß sie klatschen und das Theater im Freien wäre geboren. Er schmeißt sich selbst aus dem Fenster, stopft sich selbst in ein Paket, landet auf dem Mond, von wo er mit der Tramway friedlich und breitwüßig heruntertrudelt.

Wie ein Maulwurf gräbt er im Innern des wackligen und etwas anfälligen Wagens und schaufelt eine kleine Pappschachtel an Land.

Vorsichtig, mit vorgequollenen Augen, gesprühtem Mund, hält er sie vor sich hin, öffnet vorsichtig den Deckel, einen winzigen Spalt, und sieht selbst heraus als der Kobold, der Knodabout der Reklame.

„Meine Damen, Hausfrauen, Kinder mädchen und andere Mädchen! Meine Herren, Kaufleute, Briefträger, Abgeordnete, Schuster und Zuschauer! Bevor ich mein Plaidoyer beginne, das sonnenklar die Unschuld der Angeklagten . . . Verzeihung . . . das war ja gestern in Roabit . . . wovon wollte ich Ihnen doch noch erzählen . . . wollen Sie nicht was vorschlagen . . . In einer Stunde größter außerpolitischer Gefahr ergreife ich als Vertreter des Volkes . . .ardon, da bin ich in den Zirkus geraten . . . aber das kann ich Ihnen sagen, wenn der Luther wüßte, was ich da in dieser Riste drinnen . . . drohen . . . oben . . . unten . . . habe . . .“

Mit Bewegungen eines Zauberflüßlers bläht er den Karton an, und man hat das Gefühl, wenn er den Leuten sagt, jetzt steigen zwei Schlangen hervor und tanzen in der Luft, so werden sie es sehr und darauf schwören. Ununterbrochen geht die Passagiere seiner Worte weiter. Durch alle Stufen von Pathos, der Freiheit, des Hohens, des Mißleidens, des Schnorrns und Verschwendens. Er deklariert wie König, stößt wie Wolff, verhaspelt, wackelt, unterbricht sich wie Pollenberger. Man glaubt seine Stimme mitläufig den heiseren und gestielten Nebentönen zu hören, seine verboderten Sätze, verbogenen Bewegungen. Ständig fällt er sich selbst ins Wort, affigiert so schnell, daß ihm kein Mensch mehr folgen kann, und im Moment der größten Bewirung, wenn alle Tränen loden, der letzte Widerstand am erschütterten Zwerchfell abprallt, öffnet er unbemerkt die Pappschachtel und offeriert süße, bittere, saure, billige, teure, geschenkte, rohe, gekochte . . . Schokolade. Auf diese Pointe war niemand vorbereitet . . . aber er steht oben auf dem Leder des Wagens, balanciert einen hohen Stoß dieser Schachteln und schreubert sie in die Masse. Die Kartscheweine wirft er als nebenläufig auf den Boden ins Auto.

Und schon beginnt er wieder von vorne . . . umständlich, lang-

Nicht dem Herrn Kautzler, nicht der Nationalpost, G. m. b. H., haben die Gläubiger ihr Vertrauen geschenkt, einzig und allein der Partei, und die Partei hat die Pflicht, einzugreifen und einen Standfuß zu verhüten, der ganz gewiß für sie nicht appetitlicher als der freilich angenehmere Barmat-Standfuß sein dürfte.

Berliner Klage-Bedarf J. Dedio u. Co., Berlin D. 17, Rangstr. 9. Debita.“

Es ist in geschäftlichen Dingen wie in politischen Dingen bei den Deutschnationalen dasselbe: wer sich bei ihnen auf Treu und Glauben verläßt, der ist verlassen.

## Nationale Flegel.

### Die Reichsflagge in den Ostseebädern.

Die sogenannten „nationalen Kreise“ können nicht genug darüber jammern, daß die Deutschen angeblich keine nationale Würde besitzen, und daß durch den Flaggenstreit unser Volk in zwei Teile zerrissen werde. Das mindeste, was man dann erwarten könnte, wäre, daß die nationalen Kreise ihrerseits wenigstens sich einigermaßen Mühe gäben, in diesen Dingen einen gewissen Takt an den Tag zu legen. Jeder weiß aber, daß die ekelhaften Beschimpfungen Andersdenkender, daß das Verächtlichmachen der Reichsflaggen in gewissen Kreisen direkt zum guten Ton gehört, ja beinahe als eine Art Sport betrieben wird. Ein Besucher des Ostseebades Jingsit stellt uns einen Brief zur Verfügung, den der Jingsiter Badeverein ihm auf seine Beschwerde über das demonstrative Hiszen der schwarzweißroten Flagge geschrieben hat. Dieser Brief ist ein Kulturdokument für sich. Er lautet wörtlich:

Jingsiter Badeverein G. B. Jingsit, 2. Juli 1925  
der erste Vorstand.

Herrn H. A., zurzeit Jingsit.

Ich besitze Ihr Schreiben vom 30. Juni und beziehe mich im Grundsätzlichen auf die Ihnen auf Ihr ähnliches Schreiben vom 22. Juni 1923 erteilte Antwort.

Der Badeverein G. B. ist eine völlig unpolitische Erwerbsorganisation zum Besten der Gemeinde Jingsit und hat sich zunächst nach den Wünschen seiner Mitglieder zu richten, die die Mehrzahl der Einwohner sind, sowie nach denen der Badegäste. Die Jingsiter Bevölkerung als eine in der Hauptsache seefahrende weiß, daß z. B. in der U. S. v. R. U. die Juchhäuser zu ihrer Kennzeichnung einen gelben Streifen auf ihrer Tracht tragen müssen und lehnt daher eine Flagge ab, die im Auslande zu Mißverständnissen zu führen geeignet ist.

Der Badeverein hat aber Verständnis dafür, daß Sie weil in dem Hiszen der schwarzweißroten Farben Sie eine politische Demonstration ersten Ranges erkliden, sich auch der Unanständigkeit nicht aussetzen können, daß die zu verleihenden Fahnenstangen nicht die von Ihnen bevorzugten Farben tragen. Ich darf daher anheimstellen, sich all diesen Unannehmlichkeiten dadurch zu entziehen, daß Sie ein anderes Bad bevorzugen.

Hochachtend

gez. Kerlen, 1. Vorsitzender,  
Jingsiter Badeverein G. B.

Wir haben nicht den Wunsch, daß der Herr Staatsanwalt sich um diesen Flegel bekümmert, der ein solches Schreiben abzufassen wagte. Bei unseren Rechtsverhältnissen besteht auch große Aussicht, daß ein solcher Wunsch, selbst wenn wir ihn hätten, nicht in Erfüllung geht. Aber man kann an die sogenannten „nationalen Kreise“ doch die Frage richten, ob sie sich nicht schämen, diesen Geist taktloser Flegel in ihren Reihen großzuziehen. Wenn diese Kreise schon Anhänger der schwarzweißroten Fahne sind und die verfassungsmäßigen Reichsflaggen ablehnen, müssen sie deswegen den Tiefstand ihrer Kultur durch solche Vöbelereien vor der ganzen Öffentlichkeit demonstrieren? Der Geist, der aus diesem Briefe spricht, ist ganz gewiß nicht „das deutsche Wesen, an dem die Welt genesen wird“. Die Gesellschaft, die mit solchen Mitteln kämpft, und die so wenig versteht, die einfachsten Regeln des Anstandes zu wahren, erleidet sich selber. Für das Bad Jingsit an der Ostsee empfiehlt sich übrigens vielleicht der Vorschlag des ehrenwerten Herrn Kerlen: Republikaner werden gut tun, diese gastliche Stätte zu meiden! Das ist gewöhnlich das sicherste Mittel, um Flegel zu erziehen.

son, persönlich und weltfremd zugleich . . . mit der böartigen Langsamkeit Karl Valentins und der scharf pointierten Geste Grods. Der Urenkel des Bramarbas und Bombastus Paracelsus.

### Der lustige Schaffner.

Er empfängt mich, den dieser Morgen mit allem Abfall bewarnt, mich, den verärgerten und müllösen Fahrgast, mit lautem Hallo! und „Schön guten Morgen“. Drückt mich an seine uniformierte Brust und wie ich mich verblüfft im Autibus umschaue . . . lauter heitere, strahlende Gesichter!

„Also meine Herrschaften, wohin die Reise . . . eine kleine Portion . . . da ist noch ne fühle Ecke und lassen Sie mich mal uffen Balkon . . .“ und schon hüpfet der muntere Schaffner die schwankende Treppe hinauf, rückt wieder herunter . . .

„Gewiß meine Dame, wenn Sie schnell einsteigen, sind wir schon da — ich freue mich, daß Sie die Gelegenheit bemögen . . . bei mir kostet das bloß eine Kleinigkeit . . . meine Gäste sind mir alle gleich lieb . . . Sie wollen uns schon verlassen, gnädige Frau? . . . ne große Portion . . . da müssen Sie noch ne Kleinigkeit zulegen, verbessern Sie sich . . . gemacht und weiter geht die Reise nach Westen.“

Ein älterer Mann schon, breites Gesicht, voll zahlloser Falten, blond, buschiger Schnauzbart, kleine, geschlossene Augen, die allen zugewandert scheinen. Er ist immer in vollster Tätigkeit, immerfort plaudernd, immerfort „Hallo!“ und „zur Sache, Kassa“, und behende wie ein Kol windet er sich durch die festgestaute Masse der Passagiere.

Wunder der guten Laune! Die Fahrgäste, eben noch fremd, einander und dem Dasein, unzufrieden, voller Sorgen, plaudern zusammen, helfen sich beim Ein- und Aussteigen, machen einander höflich Platz. Alles unter den aufmunternden Zurufen des Schaffners. Als erteile er Anstandsunterricht. Und dabei hat er noch Zeit, die Kabfahrer anzukiffen, die den Autibus als Schrittmacher bemögen.

Und ich lache mit allen anderen und freue mich über diesen Mann, der den bösen Ruf von unserem verdrossenen Fleiß so emsig zerstört.

Er hat etwas vom billigen Jakob an sich. Nur preist er seinen Autibus uneigennützig, aus Temperament.

Als ich aussteige, kneift er mit dem Auge und ruft „Mahlzeit“, die Hand an der Klingelleine, schon auf dem Sprung zum „Balkon“, wo die frische Luft gemacht wird, frisch wie Bolle-Margarine . . . und wo Se nicht überfahren werden“.

Lothar Regendorfer, der Münchener Karikaturist, ist im 70. Lebensjahr gestorben. Er war einer der harmlosesten unter den deutschen Humoristen des Zeichenstiftes. Etwas vom Geiste der Biedermeierzeit blieb in ihm lebendig. Seine Wirkungen lagen überwiegend im Stofflichen, in der lustigen Pointe, die meist in kleinen Bilderserien vorbereitet und zugespielt wurde. Die „Regendorfer Blätter“ und später die von ihm begründeten „Regendorfer Blätter“ waren die Bobben, von denen aus er zu seinen jähstreichenden Verehrern im In- und Auslande sprach. Als sich vor einem Menschenalter in der deutschen Karikatur die entscheidende Wendung vollzog, als die sanfte Hanswurstpfeife von der blutigen Geißel des Sozialen und politischen Satirikers verdrängt wurde, war Regendorfers Zeit vorüber.

## Meineidsphantasien.

Die Phantasien eines Nachrichtenbureaus über die geistige Vernehmung des ehemaligen Polizeipräsidenten Richter haben befruchtend auf die Verleumdungsgabe der berufsmäßigen Hehlblätter eingewirkt. So schreibt die „Rote Fahne“:

„Ferner erklärte Richter, daß auch Heilmann ein wertvolles Geschenk von Barmat erhielt. Da Heilmann unter seinem Eid erklärt, daß er nie ein Geschenk von Barmat entgegengenommen habe, so könnte ihn nur die parlamentarische Immunität vor dem Suchohaus retten, wenn es in Deutschland Richter für korrupte Stützen des kapitalistischen Staates gäbe.“

Soviel Worte, soviel Lügen. Erstens hat Heilmann niemals unter Eid erklärt, daß er nie ein Geschenk von Barmat entgegengenommen habe, sondern im Gegenteil, daß gegenseitige Freundschaftsgeschenke üblich gewesen seien. Zweitens besteht das „wertvolle Geschenk“, von dem Richter sprach, aus 9 (neun) aus Holland mitgebrachten Zigaretten! Es waren neun, weil zehn zollpflichtig gewesen wären!

## Umsatzsteuer.

### Anträge zum Abbau der Umsatzsteuer.

Der Steuerauschuß des Reichstags begann am Mittwoch die Beratung der Anträge zur Ermäßigung und Aenderung der Umsatzsteuer. Obwohl die Regierung und die Regierungsparteien sich anfänglich stark gestäubt haben, im Rahmen der jetzigen Steuerreform auch die Herabsetzung der Umsatzsteuer vorzunehmen, sind sie von der Opposition der Linken dazu gezwungen worden. Es liegen folgende Anträge vor:

1. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung sämtlicher Lebensmittel von der Umsatzsteuer.

2. Ein Antrag der Demokraten, die Umsatzsteuer auf 1 Prozent herabzusetzen, die Luxussteuer aufzuheben, die Handelsvertreter, sowie die freien Berufe von der Umsatzsteuer zu befreien.

3. Anträge der Regierungsparteien auf Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 14 Proz., auf Aufhebung der Beherbergungs- und Anzeigensteuer, sowie auf Aenderung der Luxussteuer.

Der sozialdemokratische Antrag wurde vom Genossen Herz eingehend begründet.

## Protest des Städtetages.

Die Absichten der Reichsregierung und der sie stützenden Koalitionsparteien auf weitere Beschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden hat eine lebhafteste Gegenbewegung der kommunalen Spitzenorganisationen hervorgerufen. Der Deutsche Städtetag protestiert aufs entschiedenste gegen die für die Entwicklung der Gemeinden und Städte tödlichen Pläne. Vor den Vertretern der Berliner Presse nahm der Geschäftsführer des Deutschen und Preussischen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Rißloff, zu diesen Plänen Stellung. Die Städte und Gemeinden lehnen besonders zwei Pläne des Reichsfinanzministers ab. Einmal die Einführung einer laufenden monatlichen und beliebig in jede Einzelheit hineinreichenden Auskunftspflicht der Gemeindeverwaltungen über ihre Einnahmen und Ausgaben mit Ziel einer dauernden Kontrolle und dann die Möglichkeit willkürlicher Belohnung der Einnahmen und Kürzung der Steuerüberweisung. Der Städtetag macht darauf aufmerksam, daß eine Statistik über die Einnahmen und Ausgaben von 80 000 Gemeinden, wenn sie wirklich Wert haben soll, eine wissenschaftliche Arbeit darstellt, unmöglich von dazu überhaupt nicht vorbereiteten Behörden, nämlich den Finanzämtern als reinen Steuerbehörden geleistet werden könne. Aus den Zahlen der Einnahmen und Ausgaben könne ein Steuerfachmann niemals einen wirklichen Überblick über die Finanzgebarung einer Gemeinde gewinnen. Dazu gehören Kenntnisse anderer Art und es sei kein Zufall, daß die Innenministerien aller Länder sich mit großer Energie im Steuerauschuß des Reichstages stehend vor die Gemeinden gestellt hätten. Was ferner die Kürzung der Einnahmen der Gemeinden anlangt, so müsse es oberster Grundsatz bleiben, daß die Einnahmen der Gemeinden auf gezieltem Wege festgelegt und nicht durch mehr oder minder willkürliche Verwaltungsmaßnahmen im Laufe eines Etatsjahres geändert werden könnten. Damit entliefe jede rechtliche Grundlage einer geordneten Selbstverwaltung. Oberbürgermeister Dr. Rißloff vertritt die Ansicht, daß diese beiden Punkte unbedingt aus dem neuen Finanzausgleichsgesetz entfernt

Margareten-Technik. Eine Ausstellung, in der eine ganz neue Form der Handarbeit gezeigt wird, erregt gegenwärtig in Leipzig Aufsehen. Es handelt sich, wie Dr. Nachod in der „Kunstchronik“ berichtet, um die Vorführung des Lehrganges, wie er an der Abteilung für textile Handwerkskunst in Wien gelehrt wird.

Die Schöpferin dieser Bekehrung und der ganzen dadurch geschaffenen Arbeiten ist Margarete Raumann, nach der die von ihr erfundene „Margareten-Technik“ benannt ist. Aus den Bedingungen des rhythmisch-wechselnden Knüpfens eines Fadenbündels in freiem Spiel ist von ihr eine erstaunliche Mannigfaltigkeit der Formen entwickelt worden. Gerade das freie Spiel und der damit verbundene fortwährende Zwang, während der Arbeit Entschlüsse zu fassen, trägt zur Weiterbildung der Formen und Muster bei und gibt dem Schöpfer eine reiche Ausbildung. In der Margareten-Technik können die feinsten feinen Spitzenarbeiten ebenso gut gearbeitet werden wie plastische Gebilde, die an Polamenten erinnern, aber zum Unterschied von diesen im Material vollkommen einheitlich sind. Der Lehrgang beginnt damit, daß die künstlerisch völlig naiven Schülerinnen durch Foli- und Ausschneidearbeiten in Papier mit den Grundbegriffen der Technik zuerst praktisch bekannt gemacht werden. Raum merktlich von der Lehrerin geführt, lernt die Schülerin hier die feinsten Einzelheiten in der Aneinanderreihung und Gruppierung von Mustern, in der Verteilung auf der Fläche und in der harmonischen Gliederung. Sie bekommt dann Gelegenheit, dieselben Begriffe praktisch an den textilen Techniken, besonders in der Stickerlei, zu erproben und zu vermerken. Die Folge des Aufbaus werden in einer eigenartigen Verwendung verschiedenartiger Glassperien, mit denen sich auch Gegenstände herstellen lassen, die plastisches Leben haben, erlernt. Auf diese Weise werden die Schüler in den Stand gesetzt, ganz eigenartige Muster und Stoffe herzustellen, die der kunstgewerblichen Arbeit ein zukunftsreiches Reichfeld eröffnen.

„Der betretene Don Quixotte“, ein Drama des russischen Volkstammlers für das Bildungswesen A. B. Lunatscharski wurde von Director Fritz Doll zur Uraufführung für die Volkstheater, Theater am Balomplatz erworben. Die Uraufführung ist bei der Volkstheater-Berlags- und Vertriebsgesellschaft, Berlin RB 40, Am Königsplatz 7, erschienen.

Das erste Reklame-Theater, das im Mai d. J. anlässlich der Berliner Reichs-Reklame-Messe durch den früheren Regisseur der Reinhard-Bernauer-Bühnen M. S. E. an den Leuten gerufen wurde, ist, wie die Reklame-„Blätter“ melden, dem Urreklame-Theater zum Vorbild des ersten holländischen Reklame-Theaters genommen. Das holländische Reklame-Theater wird aber nicht als gelegentliche Messe-Einrichtung auftreten, sondern eine Tournee durch ganz Holland unternehmen.

Neue Bacterienepidemien. In der Pariser Academie de Medecine wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren in zwei verschiedenen europäischen Ländern die Blattern wieder epidemisch aufgetreten sind. Es war dies der Fall in der Schweiz, wo die Impfung nicht durch Bundesgesetz obligatorisch gemacht ist, und auf den Britischen Inseln, wo den Eltern das Recht zusteht, sie für ihre Kinder abzuwehren. In der Schweiz hat die Epidemie drei Jahre gedauert; versäumt blieben diejenigen Kantone, in denen Sondergesetze die Impfung für alle Kinder vorschreiben.

Eine deutsche Schriftstellervereinigung in Rumänien. Für Großrumänien wird die Gründung einer Vereinigung der deutschen Journalisten und Schriftsteller geplant. Sie will sich zum Ziel setzen, die Interessen der deutschen Kultur- und Schriftsteller in Großrumänien und der auf diesem Gebiet Arbeitenden zu verteidigen.

werden müssen und daß bei ihrer Beibehaltung der jetzige Gesetzentwurf unter keinen Umständen die Zustimmung des Reichsrats finden könne.

### Baden gegen den Finanzausgleich.

Karlsruhe, 8. Juli. (U.) Im Haushaltsauschuß des badischen Landtages berichtete Finanzminister Dr. Köhler über die in Berlin stattgefundenen Verhandlungen wegen der Gestattung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Minister Dr. Köhler betonte, Länder und Gemeinden seien nicht nur auf dem Gebiet ihrer Finanzen, sondern auch auf dem der politischen Selbständigkeit gefährdet. Daraufhin beschloßen sämtliche Parteien des Landtages, eine gemeinsame Interpellation vorzulegen, in der die Regierung ersucht wird, über den Stand der Finanzausgleichsverhandlungen in Berlin Auskunft zu geben. Die badische Regierung erklärte sich zur sofortigen Beantwortung dieser Frage in der Landtagssitzung vom 9. Juli bereit. Nach der Stellungnahme des Haushaltsauschusses dürfte diese Sitzung den einmütigen Willen des Landtages und der Regierung gegen die Zentralisierungsbestrebungen der Reichsregierung und des Reichstages zum Ausdruck bringen.

München, 8. Juli. (U.) Der Hauptauschuß des Bayerischen Städtetages hat schärfsten Einspruch gegen die Unterstellung der Gemeinden unter die ständige Finanzkontrolle des Reiches erhoben.

### Die Börse ist enttäuscht.

Die Berliner Börse blieb heute zum Protokoll gegen die gestern vom Aufwertungsausschuß des Reichstages angenommenen neuen Entwürfe geschlossen. Diese Entwürfe gingen bekanntlich dahin, dem neuen Gesetz nur eine Aufwertung von 2½ Proz. für die Anleihen zu gewähren und führten bereits während der heutigen Vormittagsstunden am Markt der heimischen Staatsanleihen zu einem erheblichen Kurssturz.

### Dr. Kademacher im Gedränge.

#### Zu Wests Enthüllung.

Der früher deutsch-nationale Abgeordnete Dr. West hat bekanntlich im Aufwertungsausschuß davon gesprochen, daß die deutsch-nationalen Abgeordneten Freiherr v. Richthofen, Dr. Oberfohren und Dr. Kademacher als Schuldner an einer geringen Aufwertung persönlich interessiert seien. Dr. Kademacher sei Vorstand einer Bergwertgesellschaft, die erhebliche Restkaufschulden habe, und er sei trotzdem für eine Beschränkung der Aufwertung solcher Schulden eingetreten. Daraus hat Dr. Kademacher öffentlich erklärt, die Bergwertgesellschaft, deren Vorstand er angehört, habe keine Restkaufschulden aus der Inflationszeit zu zahlen. Nun meldet sich der Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Böttger von Borna im „Tageblatt“ für Borna zum Wort und erklärt im Interesse vieler von mir vertretenen Landwirte, daß diese Versicherung Dr. Kademachers nicht zutrifft. Dr. Böttger begründet seine Erklärung wie folgt:

„Wenn es schon richtig sein mag, daß die Deutsche Erdböden-Aktiengesellschaft bzw. die Vereinigte Kohlen-Aktiengesellschaft und die ihr im hiesigen Kohlenabbaugebiet angegliederten Werke ihre Grubenfelder schon in den Jahren 1906 bis 1915 erworben haben, so sind doch

noch für viele Hunderte Hektar Land Restkaufschulden auf Grund der bestehenden Abbauverträge zu bezahlen.

Der Kaufpreis für die oberflächengrundstücke wird nach den meisten Verträgen stets erst fällig, wenn mit dem Abbau der Felder begonnen wird. Es ist auch noch der Kaufpreis für größere Flächen zu bezahlen, die die Vereinigte Kohlen-Aktiengesellschaft in der Inflationszeit zum Abbau angefordert hat. Nach dem Abbauverträge über die Blur Kaupenhain ist auch für die dort noch nicht abgebauten Felder der Kaufpreis für das Kohlenabbaurecht selbst in Höhe von 1400 M. noch zu bezahlen. In allen Fällen, in denen ich bisher tätig werden mußte, hat die Deutsche Erdböden-Aktiengesellschaft bzw. die Vereinigte Kohlen-Aktiengesellschaft zunächst jede Aufwertung abgelehnt, und sie behauptet auch jetzt noch, für die Vergangenheit und für die Zukunft zu einer höheren als 50prozentigen Aufwertung nicht imstande zu sein. Sie hat sogar in einem beim Oberlandesgericht Dresden anhängigen Prozeß Sachverständigenbeweis dafür angetreten, daß ihre wirtschaftliche Lage ihr eine mehr als 50prozentige Aufwertung nicht erlaubt. Die Korrespondenz ist in den Fällen, in denen ich wegen Aufwertungsfragen mit der Deutschen Erdböden-Aktiengesellschaft und der Vereinigten Kohlen-Aktiengesellschaft zu verhandeln hatte, fast ausschließlich von Herrn Dr. Kademacher gezeichnet bzw. mitgezeichnet worden.

Wenn schon die Erklärung Dr. Kademachers so anfechtbar ist, wie sich das aus diesen Mitteilungen ergibt, dann darf man auf die Klarstellung der Fälle v. Richthofen und Oberfohren erst recht gespannt sein.

### Snadengesuche in Moskau.

#### Die Hinrichtung der drei Deutschen ausgeführt.

Moskau, 8. Juli. (WZ.) Das Snadengesuch der Eltern Kindermanns und Woschts sowie des Verteidigers Dittmar ist dem Zentralerkenntnisrat am 4. Juli zugegangen. Dittmar hat gestern verfügt, daß die Vollstreckung des Urteils vorläufig ausgesetzt werde, bis der Entscheid des Präsidiums der Zentralerkenntnis über die persönlichen Snadengesuche Kindermanns und Woschts vorliegt.

### Was gilt die Schweizer Grenze?

#### Den Faschisten nicht viel.

Genf, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Bellinzona wird ein neuer Grenzzwischenfall gemeldet. Am letzten Sonntag überschritten bemannete italienische Zollwächter die Schweizer Grenze bei Bogno im Kanton Tessin, um italienische Schmuggler abzufangen. Bevor es bei dem heftigen Streit, in den die Schmuggler mit den Grenzwachtern gerieten, zu Blutvergießen kam, nahen die Schweizer Grenztruppen, worauf die italienischen Zollwächter schleunigt auf ihr Gebiet zurückzogen, so daß es nicht zu weiteren Auseinandersetzungen kam.

#### Versammlungsfreiheit!

Rom, 8. Juli. (WZ.) In Verona hat die Polizei eine geheime Versammlung von jungen Sozialisten ausgebrochen. Mehrere Personen, darunter auch die beiden sozialistischen Abg. Biotta und Conca, wurden verhaftet, nach Feststellung ihrer Personalien aber wieder entlassen.

### Neue Marokko-Kredite.

#### Und neue Marokko-Debatte.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung hat am Dienstag einen neuen Kredit in Höhe von 300 Millionen Franken für die Kriegführung in Marokko angefordert. Die Beratung über die Bewilligung dieser Summe wird bereits am Mittwoch stattfinden.

Die Kammer hat die beiden Abkommen von Washington über die internationale Politik in China und den chinesischen Zolltarif ratifiziert.

# Mordprozeß Angerstein.

R. Limburg, a. d. Lahn, d. 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern, im Laufe des ganzen Tages, und heute morgen kam Angerstein nicht viel zum Worte. Um so heftiger sprachen gegen ihn Laien und Juristen. Doch die Befundungen der einen wie der anderen waren durchaus nicht eindeutig. Angerstein kommt aus einem gewissen Erregungszustand gar nicht heraus, trotz der scheinbaren Ruhe und Ruhe. Die ihn gestern schwer belästigenden Aussagen der Zeugen über seine feilsche Verfassung auf der Wiese in der Nähe der Müllerischen Wohnung und später im Krankenhaus, weist er mit Ruhe, doch wenig überzeugend zurück. Dem Prof. Popp, der ihn theatralischer Rhetorik zeugt und der Ansicht ist, daß er seine Opfer der Reihe nach, speziell zum Zwecke der Ermordung, in das obere Stockwerk gelockt habe, ruft er zu: „Je mehr sich die Wissenschaft irrt, desto besser für mich. Die Menschheit verzeiht mich nicht; ich verzeihe mich selber nicht.“ Die Zeugen von heute morgen belassen ihn noch mehr — hier tritt sein Bestreben, sich ein Bild zu verschaffen, besonders klar zu Tage. Was sollte aber dieses Spiel? Wen wollte er täuschen, als er immer wieder den Menschen, die sich um ihn auf der Wiese bemühten, von seiner „armen Frau“ und von den „bösen Räubern“ sprach? Hatte er wirklich gehofft am Leben zu bleiben, die Lebensversicherungspolice seiner Frau in der Höhe von 50 000 M. und die hohe Feuerversicherungsprämie einzubehalten? Hatten der achtsache Mord und die Brandstiftung wirklich alleinigen Zweck, seine Unterstellungen zu verdecken? Wenn das der Fall wäre, ja, dann dürfte man mit um so größerer Berechtigung an die Geistesgesundheit dieses Menschen zweifeln. Der Gegensatz zwischen Wort und Tat wäre in diesem Falle zu schreiend. Wozu sollte er auch zur Inzenerierung des Ueberfalls der Ermordung der vier Angefallenen benötigt haben? Die Räuber hätten ja nachts kommen können, hätten seine Familienmitglieder töten, ihn verletzen und das Haus in Brand stecken können. Eine nächtliche Brandstiftung hätte für alle Fälle größeren Erfolg gezeitigt. So steht man nach wie vor vor einem Rätsel. Das Gericht ist anscheinend aufrichtig interessiert, dieses Rätsel zu lösen. Es hat sich gestern trotz des Protestes des Staatsanwalts veranlaßt gesehen, dem Antrage der Verteidigung stattzugeben und einen Psychoanalytiker, den Berner Professor Herberich, der in seinem kürzlich erschienenen Buche „Verbrechensdämmerung“ auch den Fall Angerstein kritisch erwähnt, als psychologischen Sachverständigen zuzulassen. Er wird zwar nur halbe Arbeit tun können; ohne ausführliche Aussprache mit dem Angefallenen — und die ist ihm verweigert worden —, wird sein Gutachten nur Stückwerk sein. Trotzdem: man darf nun hoffen, daß die tiefer liegenden psychischen Mechanismen, die verschiedenartigen Hemmungen und Verdrängungen, seine Wahr- und Zwangsvorstellungen, sein Affekt und Trieblieben unter die sachmännliche Lupe des tiefen-Psychologen genommen werden. Vielleicht wird auf diese Weise doch wenigstens ein Teil des Rätsels von Halger gelöst.

### Verhandlungsbericht.

Limburg a. d. Lahn, 8. Juli. (Drahtbericht.) Am heutigen dritten Verhandlungstag des Angerstein-Prozesses war der Andrang des Publikums womöglich noch stärker als bei den vorhergehenden Sitzungen, in erster Linie wohl deshalb, weil heute nach den bisherigen Prozeßdispositionen die Angehörigen der Opfer Angersteins vernommen werden sollen. Unter den zu Beginn der Verhandlung erschienenen Zeugen sah man mehrere in tiefer Trauer gekleidete Frauen, Mütter der ermordeten Angefallenen, von ihren Männern geführt, schluchzend den Schwurgerichtssaal betreten. Auf Angerstein schien das keinen Eindruck zu machen, er blieb, wie bisher, ziemlich unbeweglich mit gesenktem Blick auf der Anklagebank sitzen. Als erster Zeuge wurde

#### der Vater des gestöckten Geis,

der Landwirt Theodor Geis, vernommen. Er gab an, daß sein Sohn an dem Morgen des Mordes zuhause, wie üblich, gestrichelt habe. In der Villa Angerstein, in die er überhaupt selten hineingekommen sei, hätte er nie Kaffee getrunken. Am Abend wunderte sich der Vater, wo sein Sohn blieb, als plötzlich Feueralarm ertönte, weil die Villa Angerstein brannte. Bald darauf erhielt dann der Vater die Schreckensnachricht, daß sein Sohn als Leiche in dem brennenden Hause gefunden worden sei. In der Arbeitslade des Toten habe sich noch das Frühstück befunden. Vor-

### Der Hakenkreuzler als Mörder.

#### Das Verbrechen an dem Reichsbannermann vor Gericht.

Heute mittags gelangte die blutige Urnat des Hakenkreuzmörders Alfred Rehnig, der bekanntlich am Vortag der Reichspräsidentenwahl den Reichsbannermann Erich Schulz heimtückisch ermordete, vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung. Als Zeugen sind eine Anzahl Reichsbannerleute, die bei dem Mordüberfall des Hakenkreuzbanditen zugegen waren, sowie einige Mitglieder des nationalsozialistischen Wiking-Bundes, dem auch der Mörder angehört, geladen. Umier der Anklage der Körperverletzung mit Todeserfolg hatte sich der 22 Jahre alte Landwirt Alfred Rehnig zu verantworten. Der Angefallene, der seit der Tat sich in Untersuchungshaft befindet, ist ein großgewachsener junger Mann, der noch fast schülterhaft aussieht. Um die Mittagszeit des 25. April kam ein Propagandazug des Reichsbanners durch die Innsbrucker Straße in Richtung zum Bayerischen Platz. In einer Gruppe stand der Angefallene mit einem Freunde, die beide Mitglieder des Wiking-Bundes waren und dessen Abzeichen trugen, und drei Schülern und sahen sich den Zug an. Der Reichsbannerzug bestand aus drei Wägelwagen mit Wappenschildern und war von 15 Mann begleitet. Der Angefallene hatte an seinem Kade ein schwarzweißrotes Fähnchen. Nach der Anklage soll Rehnig dem vorbeifahrenden Zuge „Barmai“, „Wofstich“ und ähnliche Worte zugerufen haben. Ein Teil der Begleiter des letzten Wagens, unter denen sich auch der später getötete Schulz befand, lehnte um und stellte den Angefallenen zur Rede. Es kam zu einem Wortwechsel. Der Angefallene zog einen Revolver aus der Tasche und drohte. Er hatte dann mehrere Schüsse in die Luft abgegeben und sah dann. Die Reichsbannerleute setzten ihm nach, um ihm die Waffe zu entreißen. Er drohte sich darauf um, und schoß den Reichsbannermann Schulz nieder. Der Angefallene erklärt zu der Anklage, daß er sich nicht schuldig fühle.

Der Angefallene gibt nachfolgende Schilderung der weiteren Vorgänge. Die Reichsbannerleute seien mit Stöcken auf ihn losgegangen. Er sei zurückgesprungen, habe die Pistole aus der Tasche gezogen und sie aufgeföhrt zurückzugehen oder er würde schießen. Sie hoben die Stöcke und ein Mann mit einem schwarzen Bart lachte und sagte: „Schieß doch.“ Da habe er einen Schreckenschuß abgegeben und sei geflohen. Die anderen seien ihm nachgelaufen. Jemand habe ihm zugerufen: „Schieß doch die Hunde über den haufen.“ Er habe an einem Baum Rückendeckung gesucht. Im Halbfreis hatten die Reichsbannerleute ihn umzingelt und gerufen: „Schließ du, dann schlagen wir dich zu Brei.“ Als die Haltung immer drohender wurde, habe er einen zweiten Schuß in die Luft abgegeben und den Ring durchbrochen. Er sei zum Bayerischen Platz gefahren und wurde verfolgt. Mit Stöcken habe man ihm nach den Rücken geworfen. Ein Schlag habe ihn auf den Kopf getroffen und es sei gerufen worden: „Schlag den Hund tot.“ In dem Schreck und der Aufregung habe er sich nun umgedreht und scharf geschossen. Kurz vor dem Bayerischen Platz hatten ihn dann Polizeibeamte in der Innsbrucker Straße festgenommen. Auf die Frage, wie er zu der Pistole gekommen sei, erklärt der Angefallene, er habe vor einem Jahre einen Waffenschein bekommen, weil er den Lagerplatz seines Bruders kontrollieren mußte und auch wiederholt angefallen worden sei. Er sei auch von Reichsbannerleuten und Kommunisten zu wiederholten Malen überfallen worden. Im November 1922 hatten ihn

lignender (zu Angerstein): Was sagen Sie zu diesen Angaben? Angekl.: Was der Zeuge sagt ist richtig, aber Geis hat bei mir doch oft Kaffee bekommen. Der nächste Zeuge war

#### der Vater des ermordeten Kief,

der Oberweihensteiner Kief. Er gab an, daß sein Sohn, wie gewöhnlich, zur Arbeit gegangen und sei auch noch von einem Jungen gesehen worden, wie er am Morgen des Tages in das Haus gegangen sei, das er dann nicht mehr verlassen sollte. Dabei sei beobachtet worden, daß Angerstein die Fensterläden, die sonst die Bureaugehilfen öffneten, schon selbst geöffnet hatte. In der Arbeitslade seines Sohnes habe man später nicht nur einen Teil des Frühstücks, sondern auch die Bultschlüssel gefunden, so daß man annahm, daß er das Bureau an jenem Morgen überhaupt noch nicht betreten hatte, allerdings habe ein anderer Teil des Frühstücks auf dem Bureauputz gelegen. Außerdem habe sich, obgleich er vorher zwei Silbermark bei sich hatte, nachher auch Kleingeld in der Tasche gefunden, das ihm Angerstein gegeben haben muß. Es sei ganz unmöglich, daß Kief, wie der Angefallene es behauptete, nach Bräutchen in die Stadt gehen mußte, denn er sei von keinem Menschen mehr gesehen worden. Wahrscheinlich habe Angerstein ihn zu sich gerufen, ihn irgendetwas aufheben lassen und ihn dabei erschlagen. Sein Sohn habe sich in der letzten Zeit sehr über die großen Ausgaben Angersteins gewundert und zu seinem Vater geäußert: Die Leute glauben, Angerstein ist ein feiner Mann, aber ich habe ihn durchschaut. Alles, was er spricht, lügt er. Er glaubt an keinen Gott und an keinen Menschen. Dem Zeugen wurde dann die Rüge seines ermordeten Sohnes vorgelegt, die er wiedererkannte. Bei einer früheren Vernehmung hatte der Zeuge auch angegeben, sein Sohn habe sich darüber gewundert, daß Angerstein so mit dem Geld um sich werfe, außerdem seien dauernd Leute gekommen, die Grundstücke an ihn verkaufen wollten.

#### Der Vater des ermordeten Darr

schildert, daß sein Sohn sich an dem fraglichen Morgen, als er von Hause weggehen wollte, um nach Halger zu fahren, ganz auffällig benommen habe, kaum aus dem Bett zu bringen war und als er beim Kaffee saß, immerfort mit dem Kopf schüttelte. Schließlich erklärte er: „Ich habe einen furchtbaren Traum gehabt, nichts wie Blut“, dann habe er seinem Vater noch gesagt: „Du mußt unbedingt zu Angerstein kommen, er hat einen neuen Plan.“ (Der Zeuge mit drohend erhobener Faust zu Angerstein: „Angerstein hat einen neuen Plan, und das war sein letztes Wort.“) Vormittags kam dann der Zeuge am Grundstück vorbei mit Mitgliedern des Gartenbauvereins, und diese erzählten ihm, sie hätten Angerstein zum Vorsitzenden des Vereins gewählt. Und da habe ich noch gesagt: „Da haben Sie Recht getan, denn der Angerstein ist ein tüchtiger Mann.“ (Erregt.) Und da habe ich schon meinen Sohn ermordet gehabt. (Bewegung im Saal.) Am Freitag vorher sagte mein Sohn noch: „Die Angersteins haben doch nun alles, und trotzdem hat mir Frau Angerstein heute früh gesagt: Lieber Ruß, ich bin froh, daß Du wieder da bist. Mir passiert noch etwas Furchtbares. Ich habe solche Angst. Immer diese Einbrecher.“ Ich habe Angerstein immer als tüchtigen Mann kennen gelernt, so erklärt der Zeuge weiter, aber immer glatt wie ein Waal. Der Mann hat zwei Geschöter gehabt.

Unter allgemeiner Bewegung betrat dann die in tiefe Trauer gekleidete

#### Witwe des Bureauhilfen Ditthardt

den Saal, die mit tränenerstickter Stimme ihre Aussagen machte. Sie wußte zu berichten, daß ihr Mann ihr noch in der letzten Zeit erklärt habe, der Prokurist Rig habe sich dahin geäußert, daß Angerstein das Vertrauen seiner Firma verloren habe. — Wort (zu Angerstein): Sie sehen die Frau in ihrem Leid, haben Sie ihrer Aussage noch etwas hinzuzufügen? — Angekl. (ohne Erregung): Nein. — Ganz neue Angaben machte der Reichsanwalter Breuer der Firma von der Zopen; er war nämlich am Mittag des Mordtages gegen 12 Uhr zum Hause Angerstein gekommen, fand die nordere Tür unverschlossen und ging in die Bureauräume, die er zu seinem Erstaunen noch völlig unberührt, wie die Angestellten sie am Sonnabend verlassen hatten, vorfand. Im ganzen Hause habe ich kein Mensch sehen lassen und es herrschte eine unheimliche Stille, so daß Breuer sehr bald wieder hinausging, ohne etwas von der furchtbaren Tat erwidert zu haben.

Kommunisten niedergeschlagen. Auf Befragen des Vorsitzenden, weshalb die Leute gerade ihn auf dem Kiefer hätten, antwortete der Angefallene: Wegen meiner nationalen Gesinnung. Wort.: Sie sollen am Bayerischen Platz als Führer der rechtsradikalen Jugend betrachtet worden sein? Angekl.: Das kam wohl daher weil ich größer und älter war, denn die meisten waren 15 Jahre alt. Auf weiteres Befragen gibt der Angefallene zu, daß er bei der letzten Reichstagssitzung einen Zusammenstoß mit Leuten von der Linken hatte, weil er ein Wahlplakat abgerissen hatte. Man habe ihm damals gedroht, man würde ihn schon wieder einmal fassen.

### Mord und Selbstmord.

#### Die Wahninnstas eines abgewiesenen Liebhabers.

Große Aufregung verursachte gestern nachmittags das Ende einer Liebestragödie, das sich im Stur des Hauses Schwedter-Straße 9 abspielte. Kurz hintereinander fielen gegen 1½ Uhr vier Schüsse, und als Leute herbeieilten, fanden sie ein junges Mädchen und einen jungen Mann mit schweren Verletzungen am Boden liegen. Beide wurden sofort in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Bei dem Mädchen, das zwei Bauchschüsse und einen Brustschuß erhalten hatte, war jede Hilfe vergeblich, es starb schon auf dem Transporte. Der junge Mann, der nur einen Kopfschuß hat, kann möglicherweise am Leben erhalten bleiben. Die Tote wurde als eine 23 Jahre alte Charlotte Berghof aus Spandau festgestellt. Der junge Mann ist ein 24 Jahre alter Handlungsgehilfe Willy Brüning aus der Reyer-Straße in Spandau. Brüning hatte dem jungen Mädchen seine Liebe zugewandt, war aber abgewiesen worden. Aus Jorn und Eifersucht lauerte er dem Mädchen, das in der Schwedter-Straße in einem Geschäft angestellt war, zur Mittagszeit auf, und tötete es, als es von einer Befragung zurückkehrte, durch die drei Revolverschüsse.

#### Gerichtlicher Wohnungs-Zwangstausch.

Der Wohlfahrtsminister hat kürzlich im preußischen Landtag erklärt, die Reichsregierung stehe vor dem Waghals eines Umdenkensentwurfes zum Mieterschutzgesetz, um solche Mieter, die böswillig mit der Miete im Rückstande bleiben oder sie überhaupt nicht zahlen, scharfer anzufassen. In ähnlicher Weise gehen bereits manche Mietergerichte gegen Mieter vor, die dauernd monatelang mit der Miete im Rückstande bleiben und nicht bereit sind, sich zur Erleichterung ihrer Zahlungspflichten zu verkleinern. Es wird dann in der Entscheidung des Gerichts ausgesprochen, daß der Mieter seine Wohnung, für die er die Miete nicht anbringen kann oder durch eigenes Verschulden nicht aufbringen will, bis zu einem bestimmten nahen Zeitpunkt räumen und mit einer ihm angebotenen kleineren Wohnung, die seinen Bedürfnissen genügt, tauschen muß. Das Gericht übernimmt hier also im Prinzip gemißfährten schon die Funktion des Wohnungsamtes und braucht nicht die Härte anzuwenden, den Anspruch auf Erziehungswohnung abzuschneiden.

### Jugendveranstaltungen.

Schneeberg. Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Einberufung 8. Berliner: Redeübertragung — Redeübertragung. Die Reden werden bereits um 7½ Uhr zur Stelle sein. — Freitag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Redeübertragung 8. Bundestagssitzung. Rede über die Jugend.

# Gewerkschaftsbewegung

## Worauf es ankommt.

Die Kindschöpfe in der SPD., deren gewerkschaftliche Erfahrung seit dem Kriege datiert, die theoretisch noch in den Anschauungen von Bakunin stecken, gehen immer wieder mit ihrer Generalstreikparole hauffieren. Verbreiterung der Kampffront, Politisierung der Wirtschaftskämpfe — das sind noch die müdesten Forderungen, die die SPD. als Dogma bei jeder Vohandlung ausstelt.

Wenn es sich darum handelt, Truppen für einen Krieg auszubilden, dann wäre eine solche Taktik noch verständlich. Deshalb ist es auch durchaus zu begreifen, daß die SPD. eine solche Taktik empfiehlt. Ihr kommt es nicht darauf an, die jeweils gestellten Forderungen der Arbeiterschaft zu verwirklichen, sondern die Arbeiter in fortgesetzte Kämpfe hineinzuhängen, weil sie sich des Staates mit Gewalt bemächtigen will, um durch eine Minderheit die Diktatur auszuüben. Das allein ist ihr Ziel, und um zu diesem Ziele zu gelangen, glaubt sie, daß die Verelendung der Massen eine Voraussetzung ist, eine Voraussetzung, die nur erreicht werden kann, wenn die Arbeiterschaft bei allen Vohandlungen geschlagen wird.

Die Gewerkschaften haben andere Ziele. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder ständig zu verbessern und diese reif zu machen für die Übernahme der Wirtschaft und der politischen Leitung im Staate. Nicht der Kampf an sich, sondern der Aufstieg der Arbeiterklasse ist ihr Ziel.

Diese grundlegende Differenz in der Auffassung muß bei allen Vohandlungen fest im Auge behalten werden. Und wenn die SPD., sei es durch ihre Fraktionen in den Gewerkschaften oder durch ihre Organisationsstellen und ihre Presse die Gewerkschaften in dem oben bezeichneten Sinne beeinflussen will, dann ist von vornherein eine solche Taktik abzulehnen, weil sie den Grundgedanken und Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung zuwiderläuft.

Bei allen Arbeitskämpfen, die unsere Gewerkschaften führen, kommt es darauf an, das Ziel, die Besserstellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder, auf dem schnellsten Wege zu erreichen, der der Arbeiterschaft die geringsten Opfer auferlegt.

## Lohnpolitik der Straßenbahn G. m. b. H. Nur keinen Tarifvertrag!

Dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Seit Jahren bemühen sich die Angestelltenvereinigungen, die Berliner Straßenbahn G. m. b. H. zum Abschluß eines Tarifvertrages zu bringen. Trotzdem alle ähnlichen Unternehmungen Tarifverträge abgeschlossen haben, bzw. nach den Grundgesetzen für Reich, Staat und Länder zahlen, lehnte die Berliner Straßenbahn G. m. b. H. jede kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten rundweg ab. Sie wurde hierbei unterstützt von ihrem Angestelltenrat, der der Gesellschaft beschleunigte, daß die Angestellten (besser Angestelltenrats-Mitglieder) keinen Wert auf den Abschluß eines Tarifvertrages legten!

Die Folgeerscheinung war, daß seit 1 1/2 Jahren die Mehrzahl der Angestellten der Berliner Straßenbahn G. m. b. H. ohne Gehaltszulage bleiben, trotzdem alle übrigen Arbeitnehmer ihre Gehälter der steigenden Teuerung entsprechend verbessern konnten. Nach der ganzen Einstellung der Straßenbahn wird es begreiflich erscheinen, wenn Angestellte mit Familie in reifen Jahren und mit einer durchaus nicht wertlosen Tätigkeit Nettogehälter von M. 120.— bis 140.— pro Monat erhielten. Da immer wieder einzelne Angestellte sich beschwerdeführend an den Zentralverband der Angestellten wandten, forderte dieser im Juni mit allem Nachdruck wieder den Abschluß eines Tarifvertrages. Das Schreiben wurde entgegen aller sonst im Verkehr üblichen Höflichkeit bis heute nicht beantwortet. Dagegen gewährte die Straßenbahn G. m. b. H. ihren Angestellten eine Gehaltserhöhung von 15 Proz.

So erfreulich diese Erhöhung an und für sich sein mag, so entschieden muß es doch Befremden erregen, wenn die Straßenbahn jahrelang nicht in der Lage war, irgend einen Mäßig Lohn-erhöhung zu gewähren und wenn sie plötzlich, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu vermeiden, 15 Proz. Erhöhung gewähren kann. Es ist auch trotz der 15 Proz. festzustellen, daß eine Reihe von Angestellten weit unter den üblichen Sätzen bezahlt werden, während einzelne „besonders brauchbare“ Angestellte annehmbare Gehälter beziehen. Berücksichtigt man, daß die Berliner Straßenbahn ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb ist, so muß gegen diese Art der Lohnregelung mit aller Entschiedenheit Stellung genommen werden. Es muß die Aufgabe der bei der Berliner Straßenbahn G. m. b. H. tätigen Angestellten sein, mit allem Nachdruck den Abschluß eines Kollektivvertrages zu verlangen und sich dagegen zu wehren, daß die Direktion, unterstützt von einigen Angestellten, die mit ihren Gehältsföhen zufrieden sind, für sich das Recht in Anspruch nimmt, die Gehaltsföhe nach eigenem — Banthes — Ermessen zu regeln.

## Abgelehnter Schiedsspruch in der Herrentonfektion.

In einer gut besuchten Versammlung, die am Montag in den Rüstertalern tagte, nahmen die in der Berliner Herrentonfektion Beschäftigten Stellung zu den Münchener Lohnverhandlungen. Von den Verhandlungen gab Reichsbranchenleiter K ü h e b a c h einen eingehenden Bericht.

Am 9. Juni hatten sich die beiden Parteien in Berlin zu Verhandlungen zusammengefunden. Die Unternehmervertreter versuchten, dem Tarif bedeutende Verschlechterungen einzufügen und keine Lohnzulage zu gewähren. Sie wollten sogar bei einzelnen Arbeitern die Löhne herabsetzen, so z. B. den Heimarbeiterszulage von 12 1/2 auf 8 Proz. Zur Begründung ihrer Haltung mußte wieder die bekannte „Nichttragsfähigkeit“ der Wirtschaft dienen. Die Unternehmer führten an, daß den Arbeitern mit Erhöhung der Löhne nicht gedient sei, da sich jede Lohnverhöhung auf die Lebensmittelpreise auswirke und diese in die Höhe treibe. Ebenso

wollten sie die Lohnverhöhungen für die Konkurrenz mit verantwortlich machen, die doch wohl in der Hauptsache eine Folge der Ueberproduktion von Firmen sind. Neben anderen eben solchen Argumenten verfielen sie sich noch zu der Behauptung, die Arbeiter wären mit den Löhnen zufrieden, nur die Funktionäre und die Gewerkschaften seien die „Ruhstörer“.

Trotzdem die Arbeitervertreter alle diese Scheingründe widerlegten, kam es in Berlin zu keiner Einigung. Nach den gescheiterten Verhandlungen haben die Unternehmer das Reichsarbeitsministerium angerufen. Ein Schiedsgericht unter Vorsitz von drei Unparteiischen sollte am 30. Juni in München einen Schiedsspruch, der für Berlin einen Spitzenlohn von 0,80 M. festlegt und der bis zum 31. Oktober gilt.

Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt. Sie konnten ja nicht anders, denn sie hatten sich schon vor der ersten

## Leserinnen der Frauenwelt!

Die Fahrtscheine zur Dampferfahrt am Freitag, den 10. Juli sind ausverkauft.

Verhandlung in Berlin durch Abstimmung festgelegt, keiner Lohn-erhöhung zuzustimmen. Trotzdem haben sie nach dem Scheitern der Verhandlung das Reichsarbeitsministerium angerufen, um sich wahrscheinlich die von ihnen angeführten Ablehnungsgründe bestätigen zu lassen.

In einer regen Diskussion wurde die Ablehnung des Schiedsspruches empfohlen, da der zugesprochene Lohn keineswegs ausreichend und die Geltungsdauer zu lang ist. Die durch Stimmzettel vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung des Schiedsspruches.

## Forderungen der Modelltischler.

Am Montag nachmittag tagte im Verbandshaus, Rungestraße, eine Branchenversammlung der in den Berliner Innungsbetrieben beschäftigten Modell- und Fabrikattischler. Den Bericht von den Lohnverhandlungen gab der Branchenleiter Haufe.

Das Lohnabkommen, das bis zum 27. Juni lief, ist von den Arbeitnehmern gekündigt worden. Aus allerdings anderen Gründen kündigten auch die Unternehmer das Abkommen, weil sie es mit den bestehenden Löhnen auf ein halbes Jahr festgelegt haben wollten. Bei den Verhandlungen, die am 24. Juni stattgefunden haben, kam es zwischen den Parteien zu keiner Einigung. Die Unternehmer, die viele ihrer Aufträge von den Betrieben des BBRM. erhalten, behaupteten, ihrer Aufträge verlustig zu gehen, da ihnen die BBRM.-Firmen die durch eine Lohnverhöhung notwendig werdenden höheren Preise nicht zahlen würden.

Es scheint, daß hinter diesen Scheinargumenten der BBRM. steht, der in seinen Betrieben eine große Anzahl Modelltischler beschäftigt, die zu niedrigeren Löhnen arbeiten als die in den Innungsbetrieben. Er will wahrscheinlich verhindern, daß ein Teil seiner niedriger bezahlten Modelltischler in die Innungsbetriebe abgeht. Mit welchen Mitteln der BBRM. arbeitet, sieht man daraus, daß er über seine Betriebe die Einstellungsperre verhängt hat, um die Arbeiter in den Betrieben zu halten.

Nach einer regen Diskussion beschloß die Versammlung den Schlichtungsausschuß anzurufen. Sollten die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß ebenso ergebnislos sein, so sind die Modelltischler, die in fester Organisation zusammenstehen, gewillt, den Unternehmern ihre Forderungen durch einen Kampf abzurufen.

## Tagung der Bergarbeiterinternationale.

London, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Verhandlungstag der Sitzung der Bergarbeiterinternationale, an der von Deutschland Hufmann, Zimmerer und Dr. Berger teilnehmen, war hauptsächlich internen Angelegenheiten gewidmet. Der internationale Sekretär, Frank Hodge, berichtete über die Organisation des Internationalen Bergarbeiterbureaus. Hierauf wurden Einzelheiten über die nach Rußland zu entsendende Studienkommission besprochen und festgelegt, daß wenn der in verschiedenen Ländern bestehenden Schwierigkeiten die Abreise um einige Wochen hinausgeschoben werden muß. In der Reise werden Vertreter der Bergarbeiter Deutschlands, Englands, Belgiens und Polens teilnehmen. Im Zusammenhang mit der geplanten Herausgabe periodischer Berichte über die internationale Lage des Bergbaues und der Bergarbeiter wurde die Frage der Herausgabe eines internationalen Bergarbeiter-Organs erörtert. Auf der letzten Sitzung der Bergarbeiter-Internationale war die Veranstaltung einer internationalen Untersuchung über den Bergbau und die Lage der Bergarbeiter angeregt worden. Nachdem die Arbeitskonferenz in Genf im Juni beschloßen hat, dieser Anregung Folge zu leisten, soll nunmehr das Internationale Arbeitsamt die Vorbereitungen für eine solche Untersuchung übernehmen.

## Schiedsspruch in der Rheinschiffahrt.

Köln, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Köln wurde für die Rheinschiffahrt, nachdem die Lohnverhandlungen gescheitert waren, ein Schiedsspruch gefällt, der den Matrosenlohn auf 37,50 M. festsetzt. Die Gewerkschaft hatte eine Lohnzulage von 20 Proz. gefordert.

## Schiedsspruch im rheinischen Ziegeleiarbeiterstreik.

Köln, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Streik der rheinischen Ziegeleiarbeiter wurde am Dienstagabend vom Schlichter ein Spruch gefällt, der eine Erhöhung der Löhne um 12 Bl. pro Stunde vorsieht. Im Laufe des Mittwochs werden sich die Streikenden zu diesem Angebot äußern. Es ist anzunehmen, daß dem Spruch von Arbeitnehmersseite zugestimmt wird.

## Demonstrationsstreik der französischen Postbeamten.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Angestellten der Zentrale des Pariser Telegraphenamtes haben am Dienstagabend bei Beginn der Nachtschicht zwei Stunden lang die Arbeit unterbrochen, um ihrem Protest gegen die Streikung der Erhöhung der

Zulage für Nacharbeit durch den Senat Ausdruck zu geben. Eine zweite Protestkundgebung ist von den Postbeamten des Sporer Bahnhofes ausgegangen. In einer Entschließung erklärten sie, der Nachdienst solange zu verweigern, bis die Finanzkommission des Senats sich der Erhöhung des Stundenlohnes für die Nacharbeit um 50 Centimes nicht mehr widersetze. Weitere ähnliche Kundgebungen sind zu erwarten.

Vand der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin. Gemeinliche Mitgliederversammlung der Fachgruppen Bauwesen, Tischler und Steinmetzhandwerk am Donnerstagabend 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zur alten Beheimstrasse“ 6 B. Jerusalemstr. 8 (Röhe Dönhofsplatz).

# Wirtschaft

## Zollkrieg und Holzindustrie.

Uns wird geschrieben: Durch den Zollkrieg mit Polen ist unsere Holzverforgung in sehr arge Bedrängnis geraten. Die polnischen Wälder und die polnischen Sägemühlen haben stets für die Holzverforgung Deutschlands eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Weil wir das polnische Holz nicht entbehren können, ist die deutsche Regierung nicht wie bei anderen Waren mit Einfuhrverboten vorgegangen. Die Holzinteressenten, die lange Zeit mit der Regierung in dieser Frage verhandelt haben, haben es erreicht, daß Rundholz, beschlagenes Holz, Eisenbahnschwellen, also auch Grubenholz und Papierholz, zu den bisherigen Zollsätzen eingeführt werden kann. Dagegen ist die Einfuhr von Schnittholz gesperrt, und zwar vom 6. Juli ab. Alles Holz, das bis zum 5. Juli die Grenze überschritten hat, darf eingeführt werden. Diese Terminbestimmung hat wohl den Zweck das anrollende Material noch über die Grenze kommen zu lassen. Nun klagt der Holzhandel darüber, daß er durch dieses Einfuhrverbot sehr stark geschädigt ist. Er hat erhebliche Anzahlungen auf Holzkäufe geleistet und diese können natürlich wegen des bestehenden Einfuhrverbots nicht ausgeführt werden. Es gibt allerdings einen Ausweg, und das ist der Transport über Danzig. Denn die Einfuhr von Holz, auch von Schnittmaterial aus Danzig ist nicht verboten worden und der Ursprung des aus Danzig kommenden Schnittmaterials unterliegt nicht den geringsten Nachforschungen. Man rechnet auch damit, daß in Oberschlesien etwas ähnliches wie das Loch im Westen für Schnittholz geschaffen werden kann und daß auf diesem Wege sehr erhebliches Schnittmaterial nach Deutschland hinein kommen wird.

Wenn auch für Rohmaterial von deutscher Seite keine erschwerenden Bestimmungen bisher eingeführt sind, so besteht aber doch die Gefahr, daß die polnische Regierung, die ja wohl vollkommen über die Sachlage unterrichtet ist, durch ein Ausfuhrverbot für die erwähnten Klassen von Rohholz der deutschen Holzverforgung sehr erhebliche Schwierigkeiten machen wird. Dem rechnet nun schon wieder andere Länder, die sehr gern an die Stelle Polens für die Holzverforgung Deutschlands treten würden. Die Tschechoslowakei hat die Gelegenheit benützt, um die Holzpreise stark in die Höhe zu setzen. Deutschland braucht schon deswegen ausgeglichenes Material, weil die Holzindustrie nach Beilegung der Arbeitskämpfe wieder zu arbeiten beginnt. Die tschechoslowakischen Holzhändler sind der Ansicht, daß die deutschen Vorräte an Holz sehr gering sind und das mindestens vorübergehend die deutsche Holzverforgung, im Verkehr mit Polen gehemmt, sich andere Quellen ihrer Belieferung suchen müssen. Wie weit das zutrifft, läßt sich im Augenblick nicht beurteilen. Jedenfalls hat die Vermutung, daß angesichts der Kapitalknappheit Deutschlands Holzvorräte keine erheblichen sind, sehr viel für sich. Den Schaden hat in jedem Falle die Holz verarbeitende Industrie, die die höheren Preise zahlen muß. Auch dieses Beispiel zeigt die verhängnisvollen Rückwirkungen des deutsch-polnischen Handelskrieges auf Gewerbezweige, von denen niemand annehmen konnte, daß sie durch diesen Zollkrieg betroffen würden.

## Sport.

Sawall und Lewanow Sieger in Treptow. Die Abendrennen, die die kleine Bahn im Osten wertlos in dieser Saison häufiger veranstaltet, erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit und weisen stets einen starken Besuch auf. Auch am gestrigen Dienstag hatte sich die Sportgemeinde in Treptow zahlreich versammelt. Das Hauptrennen des Abends bildete das „Omniun“, ein Dauerrennen über eine Stunde. Lewanow übernahm zuerst die Führung. Hinter ihm folgten Möller, Grossin und Sawall. „Walter“ zog aber bald los, überholte seine Gegner und befehlte die Spitze. Lewanow kämpfte vergebens dagegen an und ging „schwimmen“, was nur eine folgerichtige Erscheinung war, hatte er sich doch im vorhergehenden 30-Kilometer-Rennen, wo er das Rennen gewann, berast ausgegeben, daß er hier später gänzlich die Bahn verlassen mußte. Der Franzose, der im Rücken Möller hatte, folgte nun auf Sawall. So blieb der Stand des Rennens bis zum Schluß. Ohne Mühe sicherte sich Sawall den Sieg. Ein Rennen, das, wenn Lewanow nicht ausgefallen wäre, zweifellos interessantere Momente gebracht hätte. Im 30-Kilometer-Rennen siegte, wie bereits erwähnt, der vom Start bis zum Ziel führende Lewanow.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Romames. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, bei Pierre, Wallstr. 11, Funktionäerversammlung.

106. Abt. Johannisthal: Die Mitgliederversammlung tritt heute aus. Die Beschlüsse betreffen sich zahlreich an der Abst. Versammlung in Oberföhenweide, Körsners Rümengarten, abends 8 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Walter Schiff; Wirtschaft: Walter Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Klein; Redaktion: Dr. John Schimanski; Soziales und Controlling: Felix Karst; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin.

Berlin: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. B., Lindenstraße 2.

## A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule

(Inh. F. Egger)  
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)  
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1003

## Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernspr.: Norden 1198  
Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4 — Tel. Pilsnberg 9531  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

## Auf Teilzahlung!

Herren- u. Damen-Garderobe

fertig und nach Maß  
Herren - Anzüge | Damen-Mäntel  
Paletots | Kostüme, Kleider  
Gummimäntel | Blusen, Röcke  
Kleinste Anzahlung / Geringste Abzahlung

## Waren-Kredithaus „Groß-Berlin“

Neukölln, Berliner Straße 107  
1. Etage (Eckhaus Hermannplatz)  
Ware wird bei Abzahlung sofort ausgehändigt

## Berliner Töpferhütte

G. m. b. H.  
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe  
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314

Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Öfen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose leittechnische Beratung.

## Der gute Kapitän-Kaufabak

ist in dem nächsten Tagesverhältnis erhältlich  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

## Fritz Reimann

Kaufmann, Reimannstraße 33  
Die billige Bezugsquelle für  
Leinwand, Stoffe  
Wäsche, etc.  
Wäsche, etc. usw.

2. Geschäft: Anzengraber-Straße 27

## Tapeten

25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.  
Stiefmaaswahl in allen Preislagen — herrliche Muster  
Tapeten-Magazin Humboldt  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
nur 1. Etage, kein Laden  
(Ringföher, daher fortanverlos billig.)  
Vorgefertigt erhält 3/4 Rabatt.

## Auf Teilzahlung!

Herren- u. Damen-Garderobe  
Gummimäntel 1. Damen  
Geringe Wochen- oder Monatsraten  
Dettwäsche, Gardinen, Teppiche,  
Korbmöbel, Metallbetten.

## Zähne

Behilf. Reparaturen in 3 Stunden.  
Silberne & Kronen von 3 Mark an.  
Zahnziehen mit Betäubung.  
Schmerzlos Plombieren von 2 Mark an.  
Schnelles Zahnziehen. Garantiert.  
Eröffnung 9-7 Uhr, Sonntag 9-12 Uhr.  
M. Müller, 17 Ritterstraße, 17  
neue Zahnkabinen.

Besonders billigt!  
Wichtig: Die Zahntechnik ist in der Gegenwart billiger als jemals zuvor!